

Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile
Herausgeber: Schweizerischer Zivilschutzverband
Band: 38 (1991)
Heft: 10

Artikel: Der Nationalrat wollte sich nicht binden
Autor: Reinmann, Eduard
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-368116>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Deutliche Zustimmung zur Verfassungsgrundlage für den zivilen Ersatzdienst

Der Nationalrat wollte sich nicht binden

Mit 147 gegen 14 Stimmen hat am 16. September der Nationalrat die Verfassungsgrundlage für die Einführung eines zivilen Ersatzdienstes gutgeheissen. Die Zustimmung des Ständerates und anschliessend des Souveräns vorausgesetzt, wird damit die rechtlich mögliche Alternative zum Militärdienst und damit die Entkriminalisierung der Militärdienstverweigerer Realität. Der Nationalrat hat bewusst einem «offenen» Verfassungstext den Vorzug gegeben und damit die Ausformulierung der Details auf die Gesetzesstufe verwiesen.

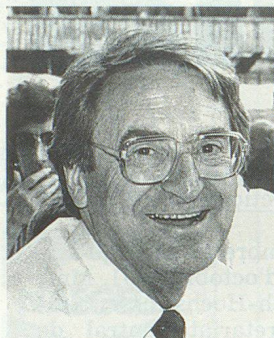
«Jeder Schweizer ist wehrpflichtig. Das Gesetz sieht einen zivilen Ersatzdienst vor.» So lautet neu Artikel 18, Absatz 1 der Bundesverfassung. Dass die Zeit nun reif ist für die Einführung eines zivilen Ersatzdienstes, wurde im Grundsatz nicht bestritten. Im Verlauf der Parlamentsdebatte wurde mehr-

Eduard Reinmann

fach darauf hingewiesen, dass die vom Volk am 2. Juni 1990 angenommene «Entkriminalisierungsvorlage» nur ein Zwischenschritt sein könne. Für eine dauerhafte Lösung müsse die Verfassung geändert werden.

Bei der Beratung der Ersatzdienstvorlage hatte sich der Nationalrat darauf besonnen, dass nur Grundsätzliches und Dauerhaftes in die Bundesverfassung gehört, und dass somit Details auf Gesetzes- und Verordnungsstufe zu regeln sind. Wohl aus dieser Sicht heraus liess sich das Parlament weder auf Verwässerungen noch auf Ergänzungen ein. Das Zurückstutzen des zivilen Ersatzdienstes auf die «Kann-Formel» wurde ebenso abgelehnt wie der «Ausschluss der freien Wahl zwischen Militär- und Ersatzdienst» bereits im Verfassungstext. Ebensovienig konnte sich der Rat mit der «Gleichwertigkeit des zivilen Ersatzdienstes mit dem Militärdienst» befreunden. Und auch die Einführung des zivilen Ersatzdienstes auf dem Verordnungsweg hatte keine Chance.

Einen Haken im Hinblick auf die Volksabstimmung, die bereits 1992 den definitiven Entscheid bringen soll, hat indessen die Vorlage. Sowohl 1977 wie 1984 hatten die Stimmbürger gegen eine Zivildienstvorlage gestimmt. Es wurde denn auch im Rat davor gewarnt, diese Entscheide des Souveräns ständig weiter auszuhöhlen. Man müsse sich unter solchen Umständen nicht wundern, wenn immer weniger Stimmbürger zur Urne gingen. Unter diesem Aspekt sollen die Leitplanken des Ersatzdienst-Gesetzes noch vor der Volksabstimmung gesetzt werden, damit die Stimmbürger wissen, woran sie sind, wenn sie an die Urne gehen. Das



Robert Bühler

jedenfalls kündigte Bundesrat Kaspar Villiger an.

Stimmen und Meinungen

Doch was halten die Praktiker von der gegenwärtigen Situation? «Zivilschutz» wollte es genauer wissen.

«Eine freie Wahl zwischen Militärdienst und zivilem Ersatzdienst kommt überhaupt nicht in Frage.» Das ist die erklärte Meinung von Nationalrat Paul Fäh (FDP Luzern). Diese Meinung hat er auch vor dem Rat vertreten. Ein entsprechender Antrag (im Wortlaut: «Die freie Wahl ist ausgeschlossen») wurde mit 63 gegen 86 Stimmen abgelehnt. Paul Fäh möchte ein Dienstpflichtsystem, das einerseits auf kommende Gefährdungen, Bedrohungen und Notlagen und die daraus resultierenden Bedürfnisse ausgerichtet ist und das andererseits die sinnvoll-notwendigen Bestände der einzelnen Organisationen sowohl quantitativ wie auch qualitativ sicherstellt. Dies bedingt nach der Auffassung von Paul Fäh logischerweise, dass der Staat die Bedürfnisse festlegt, und dass die individuelle Wahlfreiheit diesen Bedürfnissen unterzuordnen ist. Ganz anders sieht es Nationalrat Joseph Iten (CVP Nidwalden), der seit 12 Jahren in Bern parlamentarische Arbeit leistet und die Grosse Kammer im Jahr 1989 präsidierte. «Wir haben uns ganz bewusst für einen offenen Verfassungstext entschieden», betonte er mit Überzeugung. «In grossen Teilen der Bevölkerung, bei vielen Parlamentariern und auch bei mir selber hat sich in den letzten Jahren etwas gewandelt,

die Denkweise ist differenziert geworden.» Nach Auffassung von Joseph Iten beinhaltet ein offener Verfassungstext grosse Chancen, weil es dann dem Parlament überlassen bleibt, ein Gesetzeswerk zu schaffen, das sowohl den aktuellen Bedürfnissen als auch den verschiedenen Strömungen in der Bevölkerung Rechnung trägt. «Jetzt müssen wir zuerst die Volksabstimmung abwarten. Möglicherweise tritt im Zuge der Meinungsbildung in deren Vorfeld noch manches zutage, das bisher zuwenig bedacht wurde», gibt Joseph Iten zu bedenken.

Der Zentralpräsident des Schweizerischen Zivilschutzverbandes, Ständerat Robert Bühler, fasste sich in seiner Stellungnahme kurz, aber nichtsdestoweniger prägnant. Das hat seinen guten Grund, denn das Thema war zum Zeitpunkt, als «Zivilschutz» bei Robert Bühler vorsprach, im Ständerat noch nicht behandelt worden. «Ich bin für die Einführung eines zivilen Ersatzdienstes», betonte der Zentralpräsident. «Aber er soll nur für echte Verweigerer in Betracht kommen, also für Leute, die aus ethisch motivierten Gewissensgründen glauben, keine Militärdienstleistung erfüllen zu können.»

Hans Mumenthaler, Direktor des Bundesamtes für Zivilschutz, sieht voraus, dass die Diskussionen um den zivilen Ersatzdienst erst einsetzen werden, wenn das Gesetz bei den eidgenössischen Räten zur Debatte steht. Hans Mumenthalers Meinung: Die vom Nationalrat beschlossene Ergänzung des die allgemeine Wehrpflicht regelnden Verfassungsartikels durch eine Bestimmung, wonach durch das Gesetz ein zi-



Hans Mumenthaler

viler Ersatzdienst vorzusehen ist, stellt einen bedeutsamen Schritt zur Lösung einer schon lange anstehenden Frage dar. Die Antwort auf die entscheidende Frage, wie ein solcher Ersatzdienst einmal aussehen soll, wird uns heute jedoch nicht gegeben. Sie wird in einem erst noch zu erlassenden und dann zumal mit Sicherheit zu heftigen Diskussionen, ja Auseinandersetzungen führenden Gesetzesentwurf zu erteilen sein. Offen ist damit auch das Verhält-

nis der Schutzdienstpflicht zum einzu-führenden Ersatzdienst. Zum «Ja» zum heute vorliegenden Vorhaben kommt damit zwangsläufig ein «Aber».

Zum «Aber» gehört also sicher einmal, dass das Verhältnis der Schutzdienstpflicht zum Ersatzdienst geregelt wird. Eine Konkurrenzierung der beiden Dienstarten braucht dabei nicht befürchtet zu werden.

Zum «Aber» gehört weiter, dass wir uns darüber klarwerden, dass «Pflicht» bis zu einem gewissen Grad «freie Wahl» ausschliesst. Dies gilt bereits

beim Entscheid Wehrdienst oder Ersatzdienst. Es gilt aber auch für die Wahl innerhalb des Ersatzdienstes. Das allgemeine Interesse geht dem Partikularinteresse letztlich vor.

Zum «Aber» gehört auch, dass die Gleichwertigkeit des Ersatzdienstes geregelt werden muss. Anforderungen an die Dienstleistungen und deren Dauer müssen vergleichbar sein. Vereinfacht könnte ich mir vorstellen, dass eine auch die Schutzdienstpflicht mit einbeziehende Gesamtdienstdauer festgelegt wird. Zusammen mit den

Anforderungen der Dienstleistungsart könnte sie den Parameter für die Bemessung des Ersatzdienstes bilden.

Diese «Aber» sollen aber nicht abschrecken. Sie wollen nur deutlich machen, dass auch hier, wie überall, «der Teufel im Detail» sitzt.

Im übrigen kann der zivile Ersatzdienst nicht anstelle des Postulats einer allgemeinen Dienstpflicht treten. Letzteres müsste das die Gesamtbedürfnisse unserer Gemeinschaft abdeckende und damit anzustrebende Ziel bleiben. ▀

Acceptation claire et nette de la base constitutionnelle pour le service civil de remplacement

Le Conseil national ne voulait pas se lier

C'est par 147 voix contre 14 que le Conseil national a approuvé, le 16 septembre 1991, la base constitutionnelle pour l'introduction d'un service civil de remplacement. A supposer que le Conseil des Etats puis le souverain donnent également leur accord, on disposera en Suisse d'une solution de rechange au service militaire et la décriminalisation du refus de servir deviendra réalité. Le Conseil national a, de propos délibéré, donné la préférence à un texte constitutionnel «ouvert» et renvoyé de la sorte la formulation des détails à la loi à venir.

«Chaque Suisse est tenu de servir dans la défense du pays. La loi prévoit un service civil de remplacement.» Tel est le contenu du nouvel article 18, premier alinéa de la Constitution fédérale. Le fait que le moment était venu d'insti-

Eduard Reinmann

tuer un service civil de remplacement n'a été par principe pas contesté. Au cours des débats parlementaires, de nombreuses voix se sont élevées pour souligner que la votation du 2 juin 1990 par laquelle le peuple avait accepté la «décriminalisation de l'objection de conscience» pouvait n'être qu'une étape intermédiaire et qu'il fallait modifier la constitution pour mettre en place une solution durable.

En traitant le projet de service civil, le Conseil national s'est souvenu que la Constitution fédérale était une charte contenant les principes fondamentaux et durables. C'est pourquoi il a laissé à la loi et aux ordonnances d'exécution le soin de régler les détails. C'est bien pour ces motifs que le Parlement ne s'est pas laissé aller à affaiblir ou compléter les projets. Le retour à une prescription de droit dispositif pour le service civil de remplacement a également été rejeté dans le texte même de la Constitution comme du reste l'exclusion du libre choix entre le service militaire et le service civil. De même le Conseil n'a pas pu accepter de mettre



Paul Fäh

sur un pied d'égalité le service civil de remplacement et le service militaire. L'institution du service civil de remplacement par voie d'ordonnance n'a par ailleurs eu aucune chance de succès.

Toutefois le projet comporte une difficulté, dans la perspective de la votation populaire qui doit l'entériner définitivement en 1992 déjà. Aussi bien en 1977 qu'en 1984, les citoyennes et les citoyens ont rejeté un service civil. La chose a également été brandie comme un avertissement au Conseil national. Il ne faut pas constamment revenir sur des décisions populaires. On ne doit pas s'étonner dans de telles circonstances, que les citoyennes et les citoyens désertent de plus en plus les urnes. Dans cette perspective, il convient de fixer les grands traits de la loi sur le service civil avant la votation populaire de fa-

çon que les citoyennes et les citoyens sachent à quoi s'en tenir lorsqu'ils se rendront aux urnes. C'est dans tous les cas ce qu'a annoncé le Conseiller fédéral Villiger.

Des voix et des opinions

Cela étant, que pensent les praticiens de la situation actuelle? *Protection civile* voudrait le savoir avec précision.

«Il n'est absolument pas question d'accorder le libre choix entre le service militaire et le service civil de remplacement.» Telle est l'opinion déclarée du Conseiller national Paul Fäh (PRD Lucerne). Cette opinion, il l'a également manifestée devant le Conseil national. Une proposition allant dans ce sens et disant «le libre choix est garanti» a été repoussée par 63 voix contre 83. Paul Fäh voudrait un système d'obligation de servir d'une part qui soit adapté aux dangers qui se font jour, aux menaces et aux situations d'urgence et aux exigences qui en découlent et d'autre part qui garantisse aussi bien quantitativement que qualitativement les effectifs nécessaires et appropriés aux diverses organisations individuelles. De l'avis de Paul Fäh, cela implique en bonne logique que l'Etat fixe les besoins et que le libre choix des individus soit subordonné à ces besoins.

Le Conseiller national Josef Iten (PDC Nidwald) est d'un avis diamétralement opposé, lui, qui travaille au Parlement depuis douze ans et qui a présidé la Chambre haute en 1989. «C'est en pleine conscience des problèmes que nous avons opté pour un texte constitutionnel ouvert», a-t-il déclaré avec conviction. «Une grande partie de la population, de nombreux parlementaires – au nombre desquels je figure – ont quelque peu modifié leur point de vue au cours des dernières années. La façon de voir le problème est plus différenciée.» Josef Iten estime qu'un texte constitutionnel ouvert porte de grandes chances, car il laisse au Parlement le soin de créer une loi tenant compte aussi bien des exigences actuelles que des divers courants que l'on décèle au sein de la population. Josef Iten souligne pour terminer que «pour l'heure, nous devons tout d'abord attendre la vota-